



Brüssel, den 1. Oktober 2021
(OR. en)

12198/21

SOC 540
EMPL 392
EDUC 311
JEUN 100
GENDER 93
ANTIDISCRIM 86
SAN 562
ECOFIN 890

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: Die Zukunft des Europäischen Semesters mit einer starken Rolle für die
europäische Säule sozialer Rechte
– Orientierungsaussprache

Die Delegationen erhalten anbei einen Orientierungsvermerk des Vorsitzes zum oben genannten Thema im Hinblick auf die Orientierungsaussprache des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 15. Oktober 2021.

Die Zukunft des Europäischen Semesters mit einer starken Rolle für die europäische Säule sozialer Rechte

Im Laufe des vergangenen Jahres haben die EU und ihre Mitgliedstaaten Entschlossenheit und Solidarität bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie an den Tag gelegt und gleichzeitig die Stärkung des grünen und des digitalen Wandels vorangetrieben. Wir haben Maßnahmen ergriffen, um Leben zu retten, die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Krise einzudämmen, günstige Finanzierungsbedingungen aufrechtzuerhalten und die Integrität des Binnenmarkts zu bewahren. Der Kampf gegen die von COVID-19 ausgehende gemeinsame Gefahr für unsere Gesundheit, unsere Volkswirtschaften, unsere Gesellschaften und unsere Lebensweisen hat unsere Stärke bei der gemeinsamen Reaktion auf eine Notlage gezeigt. Nun ist es an der Zeit, gemeinsam dafür zu sorgen, dass Europa aus dieser Krise gestärkt hervorgeht und dass soziale, ökologische und digitale Ziele in den Mittelpunkt eines neuen europäischen Gesellschaftsmodells gerückt werden.

Die Zukunft des Europäischen Semesters

Das **Europäische Semester** bietet den integrierten wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Rahmen für die Koordinierung und Überwachung der Maßnahmen der Union und der Mitgliedstaaten. Die **beschäftigungspolitischen Leitlinien** bilden eine wichtige Grundlage und treibende Kraft für das Verfahren des europäischen Semesters sowie für Reformen und Investitionen, die von den Mitgliedstaaten in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Sozialpolitik, einschließlich im Rahmen ihrer Aufbau- und Resilienzpläne, umgesetzt werden.

Vor dem Hintergrund der COVID-Krise und der Erholung sollten sich unsere politischen Maßnahmen insbesondere auf die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, faire Arbeitsbedingungen, verstärkte aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Förderung von Beschäftigungsübergängen sowie Weiterbildung und Umschulung von Arbeitskräften konzentrieren, um alle fit für die Arbeitsmärkte des neuen Jahrzehnts zu machen und den zunehmenden Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel anzugehen. Wir müssen Zugang zu hochwertigen und erschwinglichen Sozialdiensten und Sozialschutzsystemen für alle gewährleisten, die Bekämpfung von Ungleichheiten und sozialer Ausgrenzung verstärken und Unterstützung für unsere Jugend und unsere Kinder bereitstellen.

Zu diesem Zweck sollte im Rahmen des Semesters die Dimension der Gerechtigkeit gut integriert und in allen Politikbereichen durchgängig berücksichtigt werden. Dies ist entscheidend, wenn gewährleistet werden soll, dass Europa die bevorstehenden Veränderungen – Digitalisierung, Ökologisierung unserer Volkswirtschaften und Gesellschaften, Bevölkerungsalterung – in Angriff nimmt und dabei im Einklang mit den Grundsätzen der europäischen Säule sozialer Rechte Herausforderungen in Chancen für alle verwandelt.

Das Europäische Semester 2021 wurde nach der raschen Annahme der Verordnung zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität¹ vorübergehend angepasst.

In seinen Schlussfolgerungen ruft der Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) die Kommission dazu auf, geeignete Regelungen vorzuschlagen, um so bald wie möglich zu einem vollwertigen Prozess des Europäischen Semesters zurückzukehren, auch was seine Steuerung betrifft.² Der Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) sollte die in diesem außergewöhnlichen Jahr gezogenen Lehren berücksichtigen und zu dieser Diskussion beitragen, indem er die zentralen Bausteine einer starken sozialen Dimension und Governance im Rahmen des Semesters definiert, und er sollte während des gesamten Semesterzyklus weitere Beiträge einbringen.

In Bezug auf das Semester sind in den Titeln IX und X des AEUV eine Reihe von Bestimmungen im Bereich der Sozial- und Beschäftigungspolitik festgelegt. Insbesondere spielen die Vorbereitungsgremien des Rates, der Beschäftigungsausschuss (EMCO) und der Ausschuss für Sozialschutz (SPC) eine zentrale Rolle bei der Unterstützung der multilateralen Dimension des Europäischen Semesters.

¹ Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ABl. L 57 vom 18.2.2021, S. 17).

² Dok. 12813/20 + COR 1.

Starke Rolle für die europäische Säule sozialer Rechte

Wie in der Strategischen Agenda 2019-2024 festgelegt, sollte die **europäische Säule sozialer Rechte** auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten umgesetzt werden, wobei die jeweiligen Zuständigkeiten gebührend zu achten sind. In der Erklärung von Porto haben die EU-Führungsspitzen anerkannt, dass die Säule ein grundlegendes Element der Erholung³ ist, und sie haben ihre Entschlossenheit bekräftigt, die Umsetzung der europäischen Säule auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene unter gebührender Beachtung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit weiter zu intensivieren. Die Säule sollte weiterhin Leitlinien für Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigung und Sozialpolitik – hin zu einer sozialen und wirtschaftlichen Aufwärtskonvergenz – bieten: Die Umsetzung der Säule ist ausschlaggebend für die Gewährleistung einer integrativen Erholung und die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen für alle.

In ihrer Mitteilung über den **Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte**⁴ hat die Kommission drei neue EU-Kernziele für 2030 in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Armutsbekämpfung vorgelegt.⁵ Der Europäische Rat hat diese Kernziele im Einklang mit der Erklärung von Porto begrüßt.⁶ In der Erklärung von Porto wurde betont, wie wichtig es ist, die Fortschritte bei der Umsetzung der Säule und der EU-Kernziele für 2030 genau zu beobachten – auch auf höchster Ebene. Mittlerweile haben die Mitgliedstaaten bereits ihre Entwürfe für **Vorschläge für nationale Ziele** vorgelegt – oder sind im Begriff, diese auszuarbeiten – in denen sie ihre Pläne darlegen, wie sie zu den Kernzielen der EU beitragen können. Das **im Aktionsplan zur Säule vorgeschlagene überarbeitete sozialpolitische Scoreboard** sollte dazu beitragen, die Fortschritte bei der Umsetzung der Grundsätze der Säule im Rahmen des Semesters zu überwachen.

³ Informelle Tagung des Europäischen Rates, Erklärung von Porto, 8. Mai 2021.

⁴ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte (COM/2021/102 final).

⁵ Die EU-Kernziele sind: Bis 2030 sollen mindestens 78 % der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren erwerbstätig sein. 60 % der 25- bis 64-Jährigen sollten jedes Jahr an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen. Und die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen soll um mindestens 15 Millionen verringert werden.

⁶ Dok. 7 2021, Schlussfolgerungen des Europäischen Rates.

Die zentralen Bausteine des Europäischen Semesters für ein stärkeres soziales Europa

Durch ein **zeitgerechtes Einleiten eines gestrafften Semesterverfahrens**, bei dem die wesentlichen Elemente des Semesters im Zyklus 2022 wieder aufgenommen werden, würde ein stärkeres soziales Europa gewährleistet werden. Insbesondere sollte eine zeitgerechte und angemessene Überwachung der Entwicklungen und politischen Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigung, Sozialpolitik, Kompetenzen, Gesundheit und Geschlechtergleichstellung – auch im Hinblick auf den grünen und den digitalen Wandel – im gesamten Semesterzyklus gewährleistet werden. Länderberichte sind hier zentrale Bausteine: Eine fortlaufende Analyse der Herausforderungen auf dem Gebiet der Beschäftigung, der Kompetenzen und der Sozialpolitik in den Länderberichten sollte die länderspezifischen Empfehlungen in diesen Bereichen untermauern. Wie in der gemeinsamen Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz zur Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen 2020 und 2019⁷ dargelegt, wären länderspezifische Empfehlungen mit einer mehrjährigen Dimension in bestimmten Politikbereichen, die mit jährlichen Länderberichten und einer multilateralen Überwachung einhergehen, vorstellbar.

Der soziale Dialog und die aktive Einbeziehung der Sozialpartner stehen im Mittelpunkt einer in hohem Maße wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft. Die kontinuierliche Einbeziehung der Sozialpartner sowie von **Organisationen der Zivilgesellschaft** bei der Gestaltung, Umsetzung und Überwachung politischer Maßnahmen sollte sichergestellt werden.

Schließlich sollte sich das künftige Europäische Semester weiterhin auf einen **starken Dialog mit den Mitgliedstaaten** sowie auf **kontinuierliche Beratungen in allen einschlägigen Ratsformationen** sowie zwischen ihren Vorbereitungsgremien stützen.

⁷ Dok. 9147/21: Bewertung der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen 2020 und der einschlägigen länderspezifischen Empfehlungen 2019 – Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses (EMCO) und des Ausschusses für Sozialschutz (SPC).

Vor diesem Hintergrund werden die Ministerinnen und Minister ersucht, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

- 1. Wie können der Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte, und insbesondere die drei EU-Kernziele, am besten im künftigen Europäischen Semester zum Ausdruck gebracht werden?*
- 2. Welche Elemente und Merkmale können als „wesentlich“ für das künftige Verfahren des Europäischen Semesters angesehen werden, damit eine starke soziale Dimension gewährleistet wird? Gibt es Elemente, die bereits im nächsten Zyklus des Europäischen Semesters 2022 berücksichtigt werden sollten?*
- 3. Wie sehen Sie die Rolle des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) und seiner Vorbereitungsorgane EMCO und SPC im künftigen Semesterverfahren?*